

## WOCHENSCHAU

Armutsfalle  
WohnkostenMICHAEL  
STADLER

Salzburgs Politik verweist immer wieder mit Stolz auf statistische Spitzenplatzierungen in diversen Bundesländer-Rankings. Über Platz eins bei den durchschnittlichen Mietpreisen dürften allerdings nur Immobilienbesitzer und Vermieter jubeln. Mit 7,60 Euro Miete pro Quadratmeter müssen die Salzburger am tiefsten in die Tasche greifen, gefolgt von den Vorarlbergern (7,29 €) und den Tirolern (6,59 €). Am günstigsten wohnen Mieter im Burgenland (4,52 €) und in Kärnten (5,13 €). Bei einer 90-m<sup>2</sup>-Wohnung beträgt die Differenz zwischen Salzburg und dem Burgenland pro Jahr mehr als 3300 Euro. Das wäre kein Problem, lägen die Salzburger auch in der Einkommensstatistik an der Spitze. Das ist aber nicht der Fall. Bei den Nettoeinkommen der Arbeitnehmer rangiert Salzburg irgendwo im Mittelfeld.

Das bedeutet nichts anderes, als dass Wohnen für viele Menschen zur Armutsfalle wird. 26.000 Salzburger sind bereits darin gelandet. Weitere 60.000 werden als „armutsgefährdet“ eingestuft. Dies berichtet die Armutskonferenz, die sich am vergangenen Dienstag mit den Wohnkosten auseinander setzte. Wohnbeihilfen der öffentlichen Hand tragen in vielen Fällen dazu bei, die größte Not zu lindern. Mit Sorge verfolgen deshalb sozial Benachteiligte die Diskussionen um den neuen Sparkurs des Landes. Eines darf die Politik dabei nicht vergessen: Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis.

„Mindestsicherung ist  
Etikettenschwindel“

**Die Armutskonferenz** spricht für Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft stehen.

KARIN PORTENKIRCHNER

Geschätzte 60.000 Salzburger sind armutsgefährdet: Sie haben pro Monat weniger als 912 Euro netto zur Verfügung. Etwa die Hälfte davon lebt in akuter Armut. Robert Buggler, Sprecher der Armutskonferenz, über Vorurteile, „mittelalterliche“ Debatten und Betroffene, die sich schämen.

## Interview

## Robert Buggler

Sprecher Armutskonferenz Salzburg

**PN:** Wie wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Armut aus?

**Buggler:** Aktuell haben wir nur Einzelstatistiken: Arbeitslosigkeit, Notstandshilfe, Sozialamt, Beratungseinrichtungen. Da wird die Krise noch nicht massiv gespürt. Aber offizielle Statistiken sind immer nur die halbe Wahrheit. Es muss sehr viel passieren, bevor die Leute aufs Sozialamt gehen. Nur jeder Zweite, der Anspruch auf Sozialhilfe hätte, sucht darum an.

**PN:** Warum ist das so?

**Buggler:** Weil es da um Armut geht, und um Vorurteile. Das sind die, die ausnutzen, die ohne Arbeit mehr oder fast gleich viel kriegen wie jemand, der brav und stolz um sieben Uhr aufsteht und hackeln fährt in der Kälte. Die Armutsbilder, die da in der Debatte um die Mindestsicherung erzeugt werden, das ist ein Wahnsinn!

**PN:** Welche Bilder sind das?



Robert Buggler. Bild: SW/PRESSEFOTO

**Buggler:** Dass die Mindestsicherung eine Hängematte ist. Oder, wie eine Nationalrats-Abgeordnete gesagt hat: „Es kann doch nicht sein, dass jemandem 900 Euro pro Monat nachgeschmissen werden.“ Die Realität ist eine völlig andere! Die müssen darum kämpfen. Innerlich, dass sie aufs Sozialamt gehen, und äußerlich, um ihre Rechtsansprüche. Die Gesellschaft beschämt die Betroffenen und individualisiert die Schuld: „Du könntest es ja schaffen, du musst nur wollen.“

**PN:** Braucht es also eine Armutsaufklärung?

**Buggler:** Es braucht sicher eine Aufklärung, wer von Armut betroffen ist. Fragen Sie einmal die Leute! Die Wahrheit ist: Ein Fünftel sind Pensionisten, die trotz Ausgleichszulage zu wenig haben, 17 Prozent haben einen Job und können nicht davon leben, weitere 17 Prozent sind Alleinerzieherinnen.

**PN:** Empört Sie die gesellschaftliche Debatte?

**Buggler:** Es frappt mich, dass sich seit Jahrhunderten nichts ändert. Obwohl wir den Sozialstaat haben, halten sich diese Vorurteile. Dabei ist die Debatte mittelalterlich – „wür-

dige – unwürdige Arme“, „Arbeitswillige – Arbeitsunwillige“, „Fremde – Einheimische“, das hat alles im ausgehenden Mittelalter angefangen.

**PN:** Lässt Sie das verzweifeln, dass sich da nichts ändert?

**Buggler:** Es passiert ja ein bisschen was. Die Mindestsicherung bringt zumindest kleine Verbesserungen. Aber das ist natürlich Etiketten-Schwindel: Es wird ein Bild erzeugt im Sinne von Grundsicherung für alle. Überhaupt nicht richtig! Es bleibt im Grunde die alte Sozialhilfe.

**PN:** Am Dienstag hat die 4.

Salzburger Armutskonferenz zum Thema Wohnen stattgefunden. Was sind Ihre Forderungen an die Politik?

**Buggler:** Das Land Salzburg soll durch den vermehrten Neubau von geförderten Mietwohnungen die hohen Wohnpreise drücken. Seit 2000 sind die Preise pro Quadratmeter rasant noch oben gegangen, in der Stadt wie am Land. Grundsätzlich ist es auch in Ordnung, wenn Eigentum gefördert wird. Aber das Verhältnis zwischen Miete und Eigentum ist wesentlich, und da sind in den nächsten Jahren wieder mehr Eigentumsobjekte geplant. Da steckt natürlich Ideologie dahinter: ÖVP will Eigentum, SPÖ will Miete.

Und die Vergabe von Wohnraum ist ein ganz heißes Thema: Wir fordern mehr Transparenz, von den Gemeinden und von den gemeinnützigen Wohnbauträgern. Da muss es Mindeststandards geben. Beispiel Integration, das ist jetzt überall Thema. Aber Migrantinnen müssen oft zehn Jahre auf eine Gemeindeförderung warten, oder sie haben überhaupt keinen Zugang. In anderen Gemeinden funktioniert es hingegen sehr gut. Da gibt es Licht und Schatten – wir wollen mehr Licht.